



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Das Zeitalter des Imperialismus 1884 - 1914

Friedjung, Heinrich

Berlin, 1919-

XXII. Gründung des Dreiverbandes. Deutschland eingekreist.

[urn:nbn:de:hbz:466:1-76985](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-76985)

XXII

Gründung des Dreiverbandes.
* Deutschland eingekreift *

Deutsche und Briten in Vorderasien. Bagdadbahn	134
Englische Feindseligkeiten gegen Deutschland. Eduard VII. Northcliffe	138
Englisch-russische Verständigung	142
Die Politik Lehrenthals. Die Sandschakbahn . . .	147
Die mazedonische Frage	152
Zusammenkunft in Reval	153
Der Dreiverband	157

An keiner Stelle dieses Werkes läßt sich die Schwierigkeit aller Geschichtschreibung, die darauf beruht, daß der gleichzeitige Verlauf mannigfacher innig verketteter Ereignisse nur nacheinander geschildert werden kann, mit größerer Mühe überwinden. Auf der einen Seite muß der Historiker das Gleichartige übersichtlich zusammenstellen, andererseits aber darf er das vielverschlungene Gewebe des Zeitbildes nicht zerpflücken, da ihm auferlegt ist, das Spiel und Gegenspiel der Kräfte in ihrem Aufeinanderwirken zu neuem Leben zu erwecken. Der ordnende Verstand heischt das Gliedern des Stoffes, das künstlerische Gewissen dagegen eine in geschlossenem Bette dahinströmende Erzählung. Die Schwierigkeit wächst in demselben Maße wie die Weite des Schauplatzes der Ereignisse, sie läßt sich bei der Darstellung der allgemeinen Weltgeschichte als eines Ganzen kaum noch überwinden. In dem uns jetzt beschäftigenden Zeitpunkte war es geboten, das Schicksal des Friedens- und Abrüstungsgedankens von der die Erdenweite umspannenden Tätigkeit Großbritanniens ebenso zu trennen, wie von der marokkanischen Verwicklung und von den Wirren auf der Balkanhalbinsel. Und doch greift ein Zahn des Getriebes in den anderen ein. Erst durch den näheren Einblick in die Weltmaschinerie wird man sich darüber klar, inwiefern der Vorschlag, mit den Rüstungen innezuhalten, ernst gemeint war und welche Gründe Grey zu seinem kühlen Zweifel, die deutsche Regierung aber zur Absage bestimmt haben; was von jetzt ab erzählt wird, war bereits früher wirksam. Das jeweilige Weltbild kommt etwa wie ein figurenreicher Gobelin zustande, in den ein Faden nach dem anderen hineingewebt werden mußte, bis Gestalten und Farben in ihrer Fülle erscheinen.

*

Deutsche und Briten in Vorderasien. Bagdadbahn

Die englisch-imperialistische Woge hatte sich mit dem Überfluten Ostafrikas und der Unterwerfung der freien Burenstaaten nicht erschöpft. Sie drang hierauf nach Vorderasien vor, das seit dem Tode Disraelis von den Briten vernachlässigt worden war. Curzon hatte in seinem Buche „Probleme des fernen Ostens“ (1894) das Versäumnis gerügt; 1899 Vizekönig von Indien geworden, tat er das Seinige, um Persien, das „Glacis Indiens“, oder wenigstens dessen südliche Teile für England zu sichern. Um weiterhin das indische und das afrikanische Reich der Briten auch zu Lande zu vereinigen, waren Arabien und Mesopotamien als Zwischenglieder notwendig. Dann erst war der Ring geschlossen und der Indische Ozean ein nur von englischen Küsten begrenztes Meer.

Mit Rücksicht darauf war der Bau der Bagdadbahn den Engländern unwillkommen. Mit ihr drang deutscher Einfluß keilförmig zu dem Indischen Ozean vor und zerschnitt die weiten Einflußgebiete Albions. Nun hatte England 1899 der Gewährung des Baues der Bahn nicht entgegengetreten können, da es mit den Buren im Kampfe lag und gleichzeitig in Mittelasien von den Russen bedroht war. Aber auch in dieser Bedrängnis ließ es das untere Stromgebiet des Euphrat und des Tigris, wie den Persischen Meerbusen nicht aus dem Auge. Die Hafenstadt Koweit, westlich von der Mündung, war der Mittelpunkt eines kleinen Uraberstaates unter einem halb selbständigen Scheich oder Sultan, dessen Ländchen zum türkischen Reiche gehörte, was auch Curzon noch 1892 in einem seiner Bücher anerkannt hatte. Als aber die Bagdadbahn in Sicht kam, wurde der wenig beachtete Hafen wichtig, weil er als deren Endpunkt gedacht war und als Umschlagplatz für die Waren von und nach Indien dienen konnte. Dies erkennend bestimmte England 1899 den Scheich, sich zu verpflichten, er werde mit keiner Macht ohne britische Erlaubnis Verträge schließen. Vergebens der Einspruch der Pforte, der England die Behauptung entgegenhielt, Koweit sei ein unabhängiges Sultanat und dürfe frei über sich verfügen. Britisches Geld tat das übrige: damit war ausgeschlossen, daß die Bagdadbahn bis hierher geführt werde, da die

Türkei es nicht auf einen Krieg mit England ankommen lassen durfte. So wurde Rowait ein neues Glied in der Kette der britischen Besetzungen um den Indischen Ozean. Uden war schon 1839 von England besetzt worden, Beludschistan 1854, die Häfen Südpersiens bei der bereits (Band I, Seite 340) geschilderten Rundfahrt Lord Curzons im Jahre 1903.

Dieser Eingriff bestärkte die Pforte in ihrem Mißtrauen gegen England, so daß sie am 5. März 1903 in die Erweiterung der Bagdadbahnkonzession willigte. Der ursprüngliche Freibrief von 1899 (Band I, Seite 251) war der Deutschen Bank gewährt worden, jetzt kam es zur Gründung der Bagdadbahn-Gesellschaft.

Die auf Grund des Vertrages vom 5. März 1903 gegründete Gesellschaft hatte einen internationalen Charakter. Vom Aktienkapital zeichnete die Deutsche Bank 40%, die französische Finanzgruppe (Ottomanbank) 30%, die Anatolische Eisenbahngesellschaft 10%, der Rest wurde von der Türkei, Osterreich-Ungarn, Italien und der Schweiz aufgebracht. Das Aktienkapital war klein, die Hauptsumme für den Bau sollte durch Ausgabe von türkischen Staatsschuldverschreibungen aufgebracht werden. Diese Obligationen hätten aber, wenn die Türkei nicht Pfänder für die pünktliche Zinszahlung stellte, keine Abnehmer gefunden. Als Pfand dachte man sich anfänglich den Mehrertrag der Eingangszölle des Reiches, die man von 11 auf 15% erhöhen wollte. Indessen war die Höhe der Zölle durch Verträge mit den Großmächten festgelegt, und England wie Rußland erhoben gegen die Erhöhung Einspruch. Endlich gaben sie nach, jedoch nur unter der Bedingung, daß der Mehreingang zugunsten der Reformen in Mazedonien verwendet werde; die Bagdadbahn ging also leer aus. Aberhaupt versagte England diesem Unternehmen jede Förderung, während Frankreich sich freundlich stellte. Das hing damit zusammen, daß 45% der türkischen Staatsschuld in Frankreich abgesetzt waren, so daß dieses Land den Wunsch hegte, die wirtschaftliche Entwicklung der Türkei zu fördern. Die osmanischen Staatsschulden wurden von einer internationalen Behörde verwaltet, welcher der Eingang aus bestimmten Steuern zugewiesen war. Als diese Abgaben ein Mehr über den Bedarf der Schuldenverwaltung einbrachten, konnte endlich 1908 angeordnet werden, die frei gewordene Summe habe der Verzinsung der Bagdadbahnobligationen zu dienen. Erst als diese Bürgschaft vorhanden war, schritt man zur Ausgabe von Schuldverschreibungen.

Infolge des finanziellen Notstandes hatte der Bau seit 1904 einige Jahre gestockt, zu welcher Zeit erst die Strecke von Konia bis Bugurlu, 200 Kilometer lang, fertiggestellt war. Daraus erwuchs für England die Aussicht, das Unternehmen in seinen Besitz zu bringen. Diesen Gedanken sprach der Redakteur der „Times“, Chirol, in seinem 1903 erschienenen Buche „The middle eastern question“ (die mittel-orientalische Frage) ohne Fehl aus. Seiner Ansicht nach war es ausgeschlossen, daß die Türkei die finanzielle Bürgschaft für die Verzinsung des gewaltigen Baues bieten könne. Das Unternehmen werde also nach der kostspieligen Durchquerung des Taurus in den unfruchtbaren Einöden am oberen Euphrat und Tigris steckenbleiben. Dann müsse die britische Geldmacht eingreifen, denn zu dieser Zeit, so deutet Chirol an, werde das bankrott gewordene Unternehmen billig zu haben sein. Die Rechnung war aber irrig, da sich, wie erwähnt, 1908 die Mittel zur Fortführung des Baues fanden. Infolgedessen wurde der Bau nach sechsjähriger Pause 1910 wieder in Angriff genommen¹⁾.

Auch in Mesopotamien arbeiteten Deutsche und Engländer einander entgegen. Bei diesem Mittelstück zwischen Ägypten und Indien handelte es sich den Briten vornehmlich um den Süden, schon wegen der Nähe des Meeres und auch weil die nördlichen Gegenden Mesopotamiens an Wassermangel litten. Indessen wendete Britannien auch diesen entfernteren Gebieten Aufmerksamkeit zu. Ziemlich spät erfuhr man in Europa, daß englische Offiziere und Ingenieure dort reisten und Messungen zur Anlage von Kanälen vornahmen. Ein Vortrag des hervorragenden britischen Wasserbaumeisters Willcox brachte nähere Aufklärung. Dieser Ingenieur hatte in Indien erfolgreich gewirkt und übernahm dann die oberste Leitung der Strombauten Ägyptens. In dieser seiner Eigenschaft bereiste er das Land zwischen Euphrat und Tigris, das zur Zeit der Babylonier und unter den Kalifen eine Stätte hoher Kultur gewesen war, jetzt aber verödet dalag. Willcox stellte fest, daß die ehemalige Fruchtbarkeit des Schwemmlandes wiederkehren werde, sobald Kanäle und Schöpfwerke dieselbe Arbeit wie im Altertum und Mittelalter leisten würden. In seinem Vortrage sprach er die Ansicht aus, daß indische und ägyptische Bauern, weil in ihrer Heimat mit Bewässerungsarbeiten vertraut, sich am besten zur Be-

¹⁾ Das Obige nach E. A. Schäfer, „Die Entwicklung der Bagdabbahnpolitik“, S. 58, 50, 61.

siedelung des Zwischenstromlandes eignen würden. Weitaussehende Pläne, würdig der Ausführung durch ein mächtiges Kulturvolk. Die Zukunft mußte entscheiden, ob Deutsche oder Briten hierzu bestimmt sein sollten¹⁾. Gleichzeitig war Arabien Gegenstand der diplomatischen Arbeit der Engländer und mehr noch ihrer politischen Phantasie²⁾. Nicht bloß Aden, auch die Südküste Arabiens, Hadramaut, standen bereits unter englischer Oberhoheit. Im Innern des Landes wieder brachen regelmäßig Aufstände gegen die Pforte aus. Alle Welt wußte, daß zu ihrer Förderung Waffen aus Großbritannien und Ägypten eingeschmuggelt wurden, mochte auch die englische Regierung ihre Hand nicht im Spiele haben. Indessen argwöhnte Sultan Abdul Hamid immer, die Engländer würden eines Tages ganz Arabien ihrem Reiche einverleiben. Als Mittel hierzu mochte den Feinden des Padischah die Wiederherstellung des Kalifates in der heiligen Stadt Mekka dienen, wo Mohammed und seine ersten Nachfolger gethront hatten: auf diese Weise konnten sich die Araber der ungerne ertragenen Herrschaft des türkischen Sultans entziehen. Diese Besorgnisse spornten Abdul Hamid zu einer ihm sonst nicht eigenen Rührigkeit an. Es drängte sich ihm die Notwendigkeit auf, Mekka und Medina mit dem Innern des Reiches durch einen Schienenstrang zu verbinden, um die religiösen Mittelpunkte des Islam militärisch festhalten zu können. Er ließ also eine von Damaskus nach Mekka führende Linie, die Hedschasbahn, in Angriff nehmen. Sie war eine der wenigen Taten der Gesittung, zu denen sich Abdul Hamid aus eigenem Antriebe verstand. Für das Werk strömten reiche freiwillige Gaben der Gläubigen zu, außerdem ließ er für den frommen Zweck den Offizieren und Beamten des Reiches einen Gehaltsabzug auferlegen. Am 1. September 1908 war Medina, später auch Mekka durch den Schienenstrang erreicht. Leiter des Baues war der deutsche Ingenieur Meißner mit einer Anzahl seiner Landsleute. Überall gab Abdul Hamid deutschen Beratern, Bahnbeamten, Offizieren den Vorzug.

Schon diese von Nord nach Süd führende syrisch-arabische Bahn war den Engländern nicht angenehm. Da faßte die Pforte den Plan, von Ma'an, einer Station der Hedschas-Linie, eine Zweigbahn nach

¹⁾ Paul Rohrbach, „Deutschland unter den Weltvölkern“, 2. Aufl., Berlin 1908, S. 265, 277.

²⁾ Stuhlmann, „Der Kampf um Arabien zwischen der Türkei und England“, in den „Hamburger Forschungen“ 1916.

Westen bis nach Akaba am Roten Meere zu bauen, um bei dieser Grenzstadt Agypten zu erreichen. Jetzt fuhr England gereizt dazwischen. Das fehlte noch, daß auf diese Weise einmal türkische Truppen nach Agypten geschoben werden könnten — am Ende gar unter deutschen Generälen und Offizieren! England stellte also die Behauptung auf, Akaba gehöre gar nicht den Türken, sondern sei ägyptischer Boden, stehe also von Rechts wegen unter britischer Botmäßigkeit; die Bahnverbindung wurde kurzerhand untersagt. Die Pforte ließ das nicht gelten und sandte nach Ma'an Truppen, um den Bau in Angriff zu nehmen. Darauf verlangte Britannien deren Zurückziehung binnen zehn Tagen und unterstützte die grobe Forderung durch Kriegsschiffe, die von Malta herandampften. Nicht bloß Frankreich, auch Rußland stellte sich auf Seite Großbritanniens, was der erste der Dienste war, die sich die Kabinette von Petersburg und London abwechselnd leisteten. Der Türkei blieb nichts übrig als nachzugeben. So verhinderten die Briten zwei große Kulturwerke, die Eisenbahnverbindung bis zum Persischen Meerbusen wie die von Syrien nach Agypten. Diese zwei Linien konnten ihnen nicht nur in einem künftigen Kriege gefährlich werden, sondern dienten schon im Frieden der militärischen und wirtschaftlichen Kräftigung der Türkei¹⁾. Mit Akaba und Roweit, die beide vom osmanischen Reiche losgerissen wurden, gewann Britannien neue Stützpunkte seiner Herrschaft; die weitschauende Politik wurde mit rücksichtsloser Energie durchgeführt.

*

Englische Feindseligkeiten gegen Deutschland. Eduard VII. Northcliffe

Alle diese Dinge gelangen den Briten ohne die Anstrengungen eines Krieges. Beim Lenken der auswärtigen Angelegenheiten verteilten der König und die Parteiführer — wie erwähnt — wie nach Verabredung die Rollen unter sich, indem der Premierminister Campbell-Bannerman der Welt Frieden und Abrüstung predigte, Grey und

¹⁾ Rohrbach, S. 274.

Hardinge für die Ausdehnung der Reichsgrenzen wirkten, der König endlich bei allen Kabinetten gegen Deutschland arbeitete. Besonders im Jahre 1907 verdiente sich Eduard VII. durch seine, diesem Zwecke dienenden Reisen den Namen des besten Botschafters, über den England verfügte.

Im Februar 1907 erschien Eduard mit seiner Gemahlin in Paris. Zum deutschen Botschafter, Fürsten Radolin, sagte er, seine Reise habe nur den Zweck, die Königin zu zerstreuen, die schon seit langer Zeit nicht in Paris gewesen sei. Der wahre Grund der Fahrt war ein anderer. Wie der belgische Gesandte Leghait am 4. Februar aus Paris nach Brüssel meldete, fühlte sich der König vom Ministerpräsidenten Clemenceau enttäuscht, der immer für den besten Freund Englands in Frankreich gegolten hatte. Nun aber gewährte man in London, daß er sich ebensowenig wie Rouvier gegen die Deutschen ins Feld schicken ließ. „Seit kurzem“, so fährt Leghait fort, „besteht eine zwar noch stumme und schüchterne, aber sehr bezeichnende Opposition gegen die Verblendung, mit der man sich in das Fahrwasser Englands hineinziehen läßt. Die Ratschläge und Absichten dieser Macht erscheinen nicht mehr so uneigennützig wie zu Anfang. Infolgedessen bildet sich eine Partei, die das Joch dieses fremden Einflusses abschütteln will, um Frankreich eine größere, ehrenvollere Handlungsfreiheit zu verschaffen, ohne jedoch dabei die ausgezeichneten freundschaftlichen Beziehungen mit dem Nachbar jenseits des Kanals aufzugeben.“ Der König suchte das Mißtrauen zu zerstreuen, gab Zusicherungen seiner Friedensliebe, wies aber im Gespräch mit Clemenceau und dem Kriegsminister nachdrücklich auf die Notwendigkeit hin, die Land- und Seestreitkräfte Frankreichs zu verstärken. Das war die Rehrseite der Politik der Abrüstung, die England dem Deutschen Reiche predigte. Die französische Regierung durchschaute dieses Spiel. „Ich glaube“, so berichtete Leghait nach der Abreise des Königs am 10. Februar, „daß die Regierung der Republik diesen letzten englischen Besuch ebenso gerne vermieden gesehen hätte und daß sie das Bewußtsein hat, damit etwas zuviel von der Verantwortung für die englisch-deutsche Antipathie auf sich genommen zu haben... Man überblickt diese heikle Lage und die Gefährlichkeit des Spiels, so daß alle offiziellen und ernsthaften Preßorgane sich über die Lage ausschweigen und keines von ihnen sich über diese neue Rundgebung der englischen Freundschaft zu freuen wagt.“

Trotzdem war die Arbeit des britischen Versuchers nicht vergeblich und beeinflusste die Stimmung des Landes, besonders aber des Heeres. Im April 1907 fand ein militärisches Festessen statt, bei dem Oberst Goepf sein Bedauern aussprach, vor der Stunde der Vergeltung den Abschied erhalten zu haben; darauf erwiderte der kommandierende General Baillard, der Krieg zwischen Frankreich und Deutschland sei unvermeidlich. Baillard wurde zwar auf einen anderen Posten versetzt, wobei aber die Regierung erklärte, seine unpassende Rede wäre nicht der einzige Grund dieser Maßregel gewesen.

Zu dieser Zeit befand sich Eduard VII. auf der Fahrt ins Mitteländische Meer und traf mit König Alfons von Spanien in Cartagena zusammen. Darüber schrieb der belgische Gesandte, Baron Greindl, am 18. April aus Berlin an seinen Minister: „Wie der Bündnisvertrag mit Japan, das herzliche Einvernehmen mit Frankreich, die mit Rußland schwebenden Verhandlungen, so ist der Besuch des Königs von England beim König von Spanien ein Manöver in dem von Seiner Majestät Eduard VII. persönlich mit ebensoviel Ausdauer wie Erfolg geleiteten Feldzuge zur Isolierung Deutschlands.“ Dann reiste Eduard nach Italien und besuchte den König Viktor Emanuel am 15. April in Gaeta. Italien war schon auf der Konferenz von Algeciras mit den Gegnern Deutschlands gegangen und ließ sich immer mehr in die Verbindung mit ihnen hineinziehen, obgleich es den Bund mit den Mittelmächten 1902 für zwölf Jahre erneuert hatte. Es stand jedem der drei Staaten frei, diese Allianz im sechsten Jahre ihres Bestandes zu kündigen. Der deutsche Botschafter in Rom, Graf Monts, war der Meinung, dies solle jetzt von deutscher Seite geschehen; statt Italien wäre die Türkei in den Bund aufzunehmen. In Berlin wollte man es jedoch vermeiden, Italien völlig in das gegnerische Lager zu drängen; die Kündigung wurde unterlassen, und der Scheinbund lief bis 1914 weiter¹⁾.

Schon im Winter auf 1907 war die Einkreisung Deutschlands so offenkundig, daß die von allen Seiten angefeindete Nation unruhig wurde und damit einverstanden war, daß die Regierung für Wehr und Waffen sorgte. Nur die sozialdemokratische Partei gefiel sich weiter in der Vorstellung, die Völker seien reif für den Weltfriedensgedanken, stärkere Rüstungen deshalb Verschwendung. Bei den Wah-

¹⁾ A. F. Pribram, „Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914“, 1920, S. 265ff.

len zum Reichstag (25. Januar und 5. Februar 1907) sprach sich das Volk gegen diese Selbsttäuschungen aus und bereitete der sozialistischen Partei eine Niederlage; die Zahl ihrer Abgeordneten sank von 81 auf 43. Der Wahlausfall kam, wie der belgische Gesandte in London, Graf Lalain, meldete, den Briten sehr ungelegen. Er entwarf in einem Berichte vom 24. Mai 1907 ein nur allzu wahres Bild von der Wirkung der Zeitungsheke in England. Er machte für sie in erster Linie den mächtigen Zeitungsherausgeber Harmsworth-Northcliffe verantwortlich, der der Schuldigste unter den am Weltkriege Schuldigen geworden ist. Als die deutsche Regierung 1915 den Bericht des belgischen Gesandten veröffentlichen ließ, las man die prophetischen Worte: „Eine gewisse Kategorie der Presse, hier unter dem Namen ‚Gelbe Presse‘ bekannt, trägt zum großen Teil für die feindselige Stimmung zwischen den beiden Nationen die Verantwortung. Was kann man denn auch von einem Journalisten wie Herrn Harmsworth, heute Lord Northcliffe, Herausgeber der ‚Daily Mail‘, des ‚Daily Mirror‘, des ‚Daily Graphic‘, des ‚Daily Express‘, der ‚Evening News‘ und der ‚Weekly Dispatch‘ erwarten, der in seinem Interview für den ‚Matin‘ sagte: ‚Ja, wir verabscheuen die Deutschen, und das von Herzen. Ich werde nicht zugeben, daß meine Zeitung auch nur das geringste druckt, was Frankreich verletzen, aber ich möchte nicht, daß sie irgend etwas aufnimmt, was den Deutschen angenehm sein könnte.‘ Diese Art von Journalisten, Herausgeber billiger und viel gelesener Blätter, fälschen nach Belieben die Meinung eines ganzen Volkes. Es ist klar, daß das amtliche England im stillen eine Deutschland feindselige Politik verfolgt, die auf eine Isolierung Deutschlands abzielt, und daß König Eduard es nicht verschmäht hat, seinen persönlichen Einfluß in den Dienst dieser Idee zu stellen; aber es ist sicher sehr gefährlich, die öffentliche Meinung in so offenkundiger Weise zu vergiften, wie es die unverantwortliche Presse tut, von der hier die Rede ist.“ So der belgische Vertreter in London. Lord Northcliffe verschaffte sich einen neuen Hebel seiner unseligen Einwirkung, als er die „Times“ kaufte und daran ging, die gesunkene Abnehmerzahl des Blattes durch verstärkte Kriegsheke gegen Deutschland zu heben. Das unter seiner Leitung erfolgte Anwachsen der Verbreitung der „Times“ bewies, wie richtig er die Stimmung des Landes beurteilt hatte.

Indessen bestand daneben noch eine starke Strömung für die Erhaltung des Friedens. Die Linksliberalen mißbilligten die Sprache

der „gelben Presse“, und ihre Organe, so die „Daily News“, der „Manchester Guardian“, die „Nation“, der „Economist“, behandelten Deutschland rücksichtsvoll, unter gerechter Anerkennung der versöhnlichen Absichten seiner Regierung. Nach Berlin gingen Besuche friedensfreundlicher Körperschaften, darunter von Tageschriftstellern, worauf Gegenbesuche in London folgten. Lord Avebury, besser bekannt unter seinem Forschernamen Sir John Lubbock, stellte sich an die Spitze der Bewegung. Aber zuletzt ergoß sich über diesen Damm die Sturmflut.

*

Englisch-russische Verständigung

Im Sinne der überwiegenden öffentlichen Meinung Englands vollzog sich die Hauptarbeit der britischen Diplomatie: die Bildung des Dreiverbandes und allseitige Umstellung Deutschlands. Alles übrige war nur ein Vorspiel im weltgeschichtlichen Drama. Kunstvoll wurde zu diesem Behufe die Gewinnung Rußlands betrieben. Dabei drängt sich die Beobachtung auf, daß das Schlagwort von dem zwischen einzelnen Nationen bestehenden unüberbrückbaren Gegensatz vor dem Verlauf der Geschichte nicht stichhält. Seit länger als einem Jahrhunderte entzündete sich die politische Phantasie an dem unvermeidlichen Zusammenstoße des russischen Eisbären mit dem englischen Leoparden. So stand es in den politischen Kinderfabeln und nicht bloß in diesen; aber die vermeintliche Notwendigkeit zerstoß an unerwartet dazwischentretenden Tatsachen. Das war die Handelsseifersucht der Briten auf die deutsche Nation und das Emporsteigen Japans. Die allgemeinen Verhältnisse, wie Verschiedenheit der Volkscharaktere, zwingender Einfluß der geographischen Lage, Gesetzmäßigkeit des geschichtlichen Werdens, sind zwar im Weltgeschehen von hoher Wichtigkeit, treten jedoch für die praktische Politik in den Hintergrund, sobald entgegenstrebende politische und wirtschaftliche Interessen sich melden.

Die deutschen Staatslenker erkannten nicht rechtzeitig, daß sich gleich nach dem Mandschurischen Kriege der Zusammenschluß Englands und Rußlands vorbereitete. Ahnungslos sagte der deutsche Staatssekretär, Freiherr von Richthofen, zum belgischen Gesandten in

Berlin, wie dieser am 23. September 1905 nach Brüssel berichtete, die Gefahr einer großen Koalition gegen Deutschland sei nicht sehr groß; für das Einvernehmen Englands und Rußlands fehle die Grundlage; auch würde ein solches, so meinte Richthofen, dem bestehenden englisch-japanischen Bündnisse widersprechen, das doch gegen das Zarenreich gerichtet sei! Seinem Berichte fügte der belgische Gesandte die Bemerkung hinzu: „Von unserem Standpunkt aus wäre zu wünschen, daß der Staatssekretär recht behielte. Der von Deutschland geleitete Dreibund hat uns dreißig Friedensjahre in Europa beschert. Jetzt ist er durch den Zustand der Auflösung geschwächt, in dem sich Österreich-Ungarn befindet. Der neue französisch-englisch-russische Dreiverband würde kein Ersatz sein, sondern im Gegenteil eine Ursache dauernder Beunruhigung.“

Es bedurfte keines besonderen Scharffinnes, um zu erkennen, daß Rußland nach seiner Niederlage in der Mandschurei dem asiatischen Reiche Britanniens nicht mehr gefährlich war. Hochzuschätzen aber ist die Entschlußkraft, mit der die britischen Staatsmänner sofort die englisch-russische Annäherung ins Auge faßten. Nur ein mächtiges Rußland hatte Großbritannien bekämpfen müssen, das gedemütigte konnte es zum Freunde gewinnen. Das 1905 erneuerte und vertiefte Bündnis mit Japan schützte das indo-britische Reich ohnedies gegen einen Angriff von Norden her. Konstantinopel, früher der Zankapfel zwischen England und Rußland, war den Briten weniger wichtig geworden. Gründe genug, um die Kräfte des russischen Volkes und Staates gegen Deutschland in Bewegung zu setzen.

Indessen war das Bündnis Großbritanniens mit Japan, so schöne Früchte es auch gezeitigt hatte, ein Hindernis für das Schlagen der Brücke von London nach Petersburg. War es denn überhaupt möglich, mit den japanischen Siegern und zugleich mit den russischen Besiegten in freundschaftliche Beziehungen zu treten? Leicht konnte das Mißtrauen Nippons erwachen, leicht auch das Petersburger Kabinett stuhig werden. Zudem enthielt der englisch-japanische Allianzvertrag die Bestimmung, daß die verbündeten Mächte kein Abkommen mit einem dritten Staat schließen dürften, wenn es einer von ihnen Nachteil bringen könnte. Da kam den Briten der Streit zu Hilfe, der sich um diese Zeit zwischen Japan und den Vereinigten Staaten entspann. Nippon war nicht stark genug, es zugleich mit Rußland und mit der nordamerikanischen Union aufzunehmen, so daß es die Aussöhnung mit dem Zaren-

reiche willkommen hieß. Hier setzte die englische Diplomatie an, um Japan den Russen zu nähern; dadurch wurde das erwünschte dreieckige Verhältnis zwischen London, Petersburg und Tokio möglich.

Japan und die Vereinigten Staaten waren die stärksten Anrainer des Großen Ozeans und schon deshalb in Eifersucht entbrannt. Dazu kam der Widerwille der westlichen Staaten Nordamerikas gegen die Einwanderung japanischer und chinesischer Gäste, durch die den einheimischen Arbeitern der Lohn gedrückt wurde. Die Abneigung machte sich im Ausschlusse aller japanischen Kinder aus den Schulen des Staates Kalifornien Luft, was zu einer gereizten Auseinandersetzung führte, die die Gefahr eines Krieges in sich schloß. Der Zwist wurde später beigelegt; bevor dies aber geschah, beeilten sich die englische und französische Diplomatie, Rußland und Japan auszuöhnen. Die zwei lange verfeindeten Mächte schlossen am 30. Juli 1907 einen Vertrag, durch den sie die im Friedensschlusse von 1905 unerledigt gebliebenen Streitpunkte ausglich. In einer sich daran schließenden Erklärung vereinbarten sie die Erhaltung des Status quo in China und grenzten in der Mandschurei ihre Einflußgebiete ab.

Damit war die unerläßliche Voraussetzung für Rußlands Ausgleich mit Britannien gegeben. In Petersburg hatte man es aber damit nicht eilig. Denn unergessen war, wie feindselig sich Großbritannien im japanischen Kriege benommen, während das Deutsche Reich eine wohlwollende Neutralität bewahrt hatte. Schon deshalb war der Zarenhof nicht willens, die nachbarlichen Beziehungen zu Deutschland zu lösen. Am lebhaftesten wirkte Ministerpräsident Witte gegen die Abkehr vom Deutschen Reiche und gegen die Verbindung mit England (Band II, Seite 73). Da brachte ein Regierungswechsel in Petersburg neue Männer an die Spitze. Da Witte auch mit Hilfe der von ihm erwirkten Verfassung der Revolution nicht Herr werden konnte, verlor er das Vertrauen des Zaren und erhielt im April 1906 die Entlassung; Goremykin, ein handfester alter Beamter, trat an die erste Stelle, für die aber schon im Juli Stolypin auserkoren wurde. Die auf demokratischer Grundlage gewählte Duma ward aufgelöst und die Revolution durch blutige Maßregeln niedergeworfen. Im Mai vollzog sich auch im Ministerium des Auseren eine wichtige Aenderung: an Stelle des Grafen Lambsdorff ergriff Alexander Iswolskij die Zügel.

Iswolskij war seit jeher ein Bewunderer englischer Lebensformen und förderte die Versöhnung mit Großbritannien, jedoch nicht in der

Absicht, deshalb mit Deutschland zu brechen. Das hätte der Zar damals nicht gestattet und auch in den Augen Iswolstij wäre es eine Torheit gewesen, dessen zerrüttetes Reich in Streitigkeiten mit den Mittelmächten zu verwickeln. Indessen gingen unter dem neuen Minister die Verhandlungen zuerst mit Japan, dann mit England flinker vor sich. Iswolstij hatte es dabei mit dem britischen Botschafter Nicolson zu tun, der, ein ausgesprochener Feind Deutschlands, mit Feuereifer an dem russisch-englischen Ausgleich arbeitete. Störend wirkte eine Rede, die der britische Ministerpräsident nach der Auflösung des russischen Parlaments hielt, in der er für die russische Verfassung eintrat und in den Ruf ausbrach: „Die Duma ist tot, es lebe die Duma!“ Mißtönend klang dem Zaren diese Einmischung in die Ohren.

Das war indessen nicht die Hauptsache; was die zwei Mächte trennte, waren die Verhältnisse in Asien. In Persien, Tibet und Afghanistan standen sie sich eifersüchtig gegenüber. In Tibet hatte Großbritannien den mit Japan im Kriege liegenden Russen einen schlimmen Streich gespielt. Bis dahin regierte ein Rußland ergebener Dalai-Lama (Band I, S. 335), den England jetzt durch einen Gewaltstreich aus dem Wege räumte. Im Jahre 1904 schickte die anglo-indische Regierung eine sogenannte Gesandtschaft nach Tibet, die von nicht weniger als 1500 Soldaten begleitet war. Vergebens verbat sich der Dalai-Lama das völkerrechtswidrige Vorgehen. Die Engländer, von dem Obersten Younghusband geführt, drangen unaufhaltsam gegen die Hauptstadt Lhasa vor, die sie am 3. August 1904 erreichten. Der Hohepriester ergriff die Flucht, wurde abgesetzt und ein Britenfreund trat an seine Stelle.

Fast ebenso scharf war der Gegensatz in Persien, doch auch darüber kam man durch das Entgegenkommen Englands hinweg. So wurde am 31. August 1907 der für Rußland günstige Petersburger Vertrag geschlossen. Er befaßte sich mit all den Gebieten, über die man uneins gewesen war. England als verbender Teil machte dem Zaren manche Zugeständnisse. Nur in Afghanistan schnitt es gut ab, indem ausgemacht wurde, die Dinge sollten bleiben wie bisher. Dagegen wich England in Tibet einen Schritt zurück. Es zog seine „Gesandtschaft“ aus dem Lande zurück, und die zwei Mächte sicherten sich zu, während der nächsten drei Jahre nicht einmal eine wissenschaftliche Expedition nach Tibet zu senden. Auch wurde die Souveränität Chinas über den Dalai-Lama anerkannt. Überhaupt sollte das chinesische Reich unverfehrt bleiben. Der wahre Charakter des Petersburger

Vertrages erhellte aber aus dem Abkommen über Persien. Das Land galt früher als Pufferstaat, und das Vordringen des russischen Einflusses schien den Briten unerträglich. Damit hatte es jetzt sein Ende. Über Persien wurde wie über eine gemeinsame Beute verfügt. Es wurde in drei Zonen zerlegt, eine nördliche als Einflußgebiet Rußlands, eine mittlere neutrale Zone und eine südliche, wo England sich als Herr einrichten durfte. Das Abkommen enthielt zwar die heuchlerische Zusicherung der Unversehrtheit Persiens und der Gebietshoheit des Schah; tatsächlich aber war es ein Teilungsvertrag, der die Selbständigkeit eines mit England und Rußland in Frieden lebenden Volkes vernichtete.

Das Petersburger Kabinett hatte allen Grund zur Zufriedenheit, Iswolskij betrachtete sich als Sieger. Vor kurzem erst war Rußland militärisch niedergeworfen worden und schon trat es mit Japan und Großbritannien, als Gleicher mit Gleichen, in freundschaftliche Verbindung. Was die Gunst der Weltlage mit sich brachte, schrieb Iswolskij dem eigenen Verdienste zu. Dabei verzichtete Rußland nicht einmal auf seine guten alten Beziehungen zu Deutschland. Bei der Zusammenkunft in Swinemünde (3. bis 5. August 1907) kam es zwischen dem Zaren und dem Deutschen Kaiser zu einer Aussprache, bei der Nikolaus versicherte, das zu Petersburg in Verhandlung stehende Abkommen werde keine Spitze gegen Deutschland haben. Das russische Reich war ruhebedürftig und deshalb bereit, mit Deutschland ebenso in Frieden zu leben wie mit Großbritannien und Nippon.

Die von England im Petersburger Vertrage gebrachten Opfer waren nicht gering, aber die Führer der konservativen Opposition im Unterhaus erhoben keine Einwendung. Grey hatte sich vor dem Abschlusse mit seinem Vorgänger im Amte, Lord Lansdowne, ins Einvernehmen gesetzt und dessen Zustimmung erhalten. Die Imperialisten der zwei großen Parteien waren untereinander in der Hauptsache einig; sie lösten sich in der Herrschaft ab, um dieselbe auswärtige Politik zu treiben. Feurige Zustimmung zum Vertrage sprachen die Gegner Deutschlands aus, ihn als Beginn einer neuen Zeit feiernd; die „Times“ und die „National Review“ brachten triumphierende Artikel. Frau Olga Nowikow, die zu London in ihrem Salon seit Jahren für ein englisch-russisches Bündnis gegen das verhaßte Deutschland wirkte, empfing die Glückwünsche ihrer Freunde.

Indessen machten sich auch Bedenken gegen die den Russen gemachten Zugeständnisse geltend. Lord Curzon nannte im Oberhaus das

Geschäft über Afghanistan zweifelhaft, das über Tibet schlecht, das über Persien noch schlechter. Er war nach wie vor der Ansicht, Persien hätte Pufferstaat zu bleiben und sollte nicht angetastet werden. Das war das Urteil eines Mannes, dem die asiatische Politik Selbstzweck war. Aus anderen Gründen war der linke Flügel der liberalen Partei unzufrieden. Den Radikalen war schon die Verbindung mit dem freiheitsfeindlichen Rußland verdächtig, sie erschrakten aber geradezu über das Abereinkommen zur Erwürgung Persiens; das widersprach ihrer Anschauung, England habe die Unabhängigkeit der kleineren Völker zu schützen. Sie konnten es nicht fassen, daß ein liberales Ministerium sich auf einen nach ihrer Vorstellung unsittlichen Vertrag einließ¹⁾. Es ist aber für die Denkweise der Engländer bezeichnend, daß ein Mann wie Campbell-Bannerman Präsident des Kabinetts war, unter dem Persien unter die Räder geworfen wurde. Die Männer, die an der Regierung des englischen Weltreiches teilnehmen, unterscheiden sich zwar untereinander in ihrem Urteil über das sittlich Erlaubte und sittlich Verbotene; aber letzten Endes unterordnen die Moralisten ihre Bedenken den Geboten des politischen Vorteils. Zur Erleichterung ihres Gewissens halten sie dann um so strengeres Gericht über die anderen Völker und deren Staatsmänner.

*

Die Politik Aehrenthals. Die Sandschakbahn

In diesen Welthändeln war von Osterreich-Ungarn nur wenig zu hören. Diese Enthalttsamkeit entsprang dem Gefühl der Schwäche, denn

¹⁾ Zu den Segnern der Einkreisungspolitik und des Zurückweichens vor Rußland gehörte Dilke, der schon vor dem Eintritte Greys in die Regierung zu Anfang 1905 an einen Freund schrieb, Grey habe immer den Handel mit Rußland begünstigt, er selbst aber werde, ob innerhalb oder außerhalb der nächsten liberalen Regierung, alles tun, um ihn zu vereiteln. Dilke mißbilligte überhaupt die Tätigkeit König Eduards und Hardinges beim Knüpfen neuer Allianzen gegen Deutschland. Man errege dadurch den Verdacht, das Deutsche Reich eintreiben zu wollen, was große Gefahren in sich schließe, und rücke den Weltkrieg in die Nähe. So an mehreren Stellen seiner Tagebücher, besonders 1908 ("The Life of Sir Charles Dilke" von Gwynne und Tuckwell II, S. 507). Daß ein Mann dieser politischen Anschauung keine Stelle im Kabinett erhielt, lag in der Natur der Sache.

die Monarchie wankte von einer inneren Krise zur anderen und war zufrieden, wenn sie ungestört blieb. Gerne ließ sich Graf Goluchowski die während des japanischen Krieges gewährte Schonzeit gefallen; seiner ganzen Anlage nach hatte er überhaupt keine Lust, die Ruhe Europas durch Erheben von Ansprüchen zu stören. Schwer lastete auf dem Reiche der Unfrieden unter den Völkern. Zur Abwechslung waren es 1905 wieder einmal die Magyaren, welche die Grundfesten des Baues unterhöhlten, der ihnen ein wirkliches Dach bot. Der Streit entzündete sich an der deutschen Armee- und Kommandosprache, die sie in den ungarischen Regimentern der gemeinsamen Armee durch das Magyarische ersetzt haben wollten. Darüber soll noch eingehender die Rede sein, hier sei nur erwähnt, daß schließlich wieder ein Ausgleich zwischen der Krone und der Parlamentsmehrheit auf der Grundlage erfolgte, daß dem Herrscher die Kommandogewalt über das gemeinsame Heer, also auch die Bestimmung der Armeesprache blieb, während die Leitung des Staates im übrigen dem Bunde der oppositionellen Parteien übertragen wurde. Vor dem allgemeinen Wahlrecht machten die neuen Gewalthaber eine Verbeugung, indessen blieb es ein frommer Wunsch der Völker Ungarns. In dem am 8. April 1906 gebildeten Koalitionskabinett wurde Weyerle Präsident, neben ihm saßen Franz Kossuth, dann die Grafen Apponyi und Andrássy. Während der vorhergehenden Wirren hatte Graf Goluchowski als Minister des Äußeren dem Kaiser treu zur Seite gestanden, was ihm die Parlamentsmehrheit nicht verzieh. Zur Macht gelangt, verlangte sie seinen Rücktritt. Er selbst riet dem Kaiser zum Nachgeben, um das wiederhergestellte Zusammenwirken von Krone und Parlament zu erleichtern. Am 24. Oktober 1906 erhielt er die Entlassung, Freiherr von Aehrenthal trat an seine Stelle.

Aehrenthal war unter den österreichischen Staatsmännern einer der letzten, die nicht bloß von der Daseinsnotwendigkeit der Donaumonarchie, sondern auch von der Möglichkeit überzeugt waren, ihr frisches Leben einzuhauchen. Er besaß den Mut zu einer entschlossenen äußeren Politik und traute dem Reiche die Tragkraft für sie zu. Die Sorge des nahen Zerfalles der Monarchie wies er ab, da es doch unmöglich schien, die entstandene Lücke durch neue Gestaltungen auszufüllen. Er meinte, es sei Pflicht des Ministers des Äußeren, die öffentliche Aufmerksamkeit von dem oft kleinlichen Hader im Innern auf die größeren Aufgaben der europäischen Stellung der Monarchie

hinzulenken. Er ergriff also jede Gelegenheit, um, anders als sein Vorgänger, Österreich als Großmacht zur Geltung zu bringen.

Als Botschafter in Petersburg hatte er für Frieden und Freundschaft mit Rußland gewirkt. Das Abereinkommen von Würzsteg 1903, durch das die zwei Kabinette sich über die mazedonischen Angelegenheiten einigten, war zum Teil sein Werk (Band I, Seite 456). Als Minister galt er anfangs als der Wortführer eines engeren Verhältnisses zu Rußland, doch immer unter Festhalten an der mitteleuropäischen Allianz, dieses Ecksteins der Politik der Donaumonarchie. In diesem Sinne sagte er in seiner ersten Ansprache vor den Delegationen am 4. Dezember 1906: „Aufrichtige Freundschaft besteht seit mehr als einem Dezennium zwischen Österreich-Ungarn und Rußland. Wir können auf Grund der mit dem russischen Minister des Außern gepflogenen Besprechungen mit Beruhigung dem weiteren Zusammenwirken entgegenblicken, ein Zusammenwirken, welches im Interesse der Erhaltung des Friedens die Besserung der Lage der Bevölkerung in der europäischen Türkei anstrebt.“

Indessen stellten sich schon bei der mazedonischen Frage zwischen den zwei Regierungen Meinungsverschiedenheiten ein. Unter Golu-chowski war, dem Würzsteger Vertrag entsprechend, die Reform der Gendarmerie Mazedoniens durchgeführt, auch die der Finanzen angebahnt worden. Beim Justizwesen aber stockte das Werk. Bisher wurde jede Maßregel zunächst zwischen Wien und Petersburg vereinbart, worauf man die anderen Großmächte zum Beitritt einlud. Iswolskij aber machte dem russisch-österreichischen Dualismus ein Ende. Er erklärte dem Wiener Kabinett, er müsse ein anderes Verfahren einschlagen; es sei angezeigt, alle Großmächte gleichzeitig zur Einigung heranzuziehen. Damit wurde eine weitwendige Verhandlung unter allen sechs Kabinetten notwendig, was zur Folge hatte, daß man nicht von der Stelle kam. Iswolskij machte kein Hehl aus dem ihn leitenden Beweggrund. Seitdem Rußland sich mit England am 30. August 1907 über die Teilung der Einflußgebiete in Asien verständigt hatte, stand das Londoner Kabinett dem Petersburger näher als das von Wien. Es ergab sich von selbst, daß Rußland und England auch in Mazedonien Hand in Hand gehen wollten. Auch bot die nähere Verbindung mit der englischen Regierung noch einen Vorteil. Diese behandelte die Pforte ohnedies mit Unwillen, so daß Rußland darauf rechnen konnte, Großbritannien werde für die Slawen Bulgariens

mehr tun als Österreich-Ungarn. Nicht daß Iswolskij sich vom Münzsteger Vertrag lösfagte, aber Österreich-Ungarn sollte nicht länger vor Großbritannien den Vortritt haben.

So hatte die geänderte Weltlage das Abschwenken der russischen Regierung zu England und ihre Entfremdung von Österreich-Ungarn zur Folge. Der Spalt erweiterte sich durch die Temperamente der zwei Minister des Äußeren. Beide waren ehrgeizig, ausgreifender Pläne voll und kamen einander notwendigerweise ins Gehege. Lehrenthal unterschied sich darin von seinen Vorgängern Ráknöhy und Goluchowski, daß er nicht wie sie in Balkanangelegenheiten Zurückhaltung übte, sondern von vornherein zu selbständigem Vorgehen entschlossen war, ohne in Petersburg anzufragen.

Die erste Probe, ob er durchdringen könne, war beim Bau einer der für Österreich-Ungarn wichtigen Balkanbahnen abzulegen. Zunächst richtete Lehrenthal sein Augenmerk auf die Verbindung Bosniens mit dem türkischen Neze. Es war ein Uebelstand, daß die bosnische Bahn zu Uvac an der türkischen Grenze ihr südliches Ende fand, während die mazedonische Linie erst in Mitrowiça begann, so daß zwischen den zwei genannten Punkten eine Lücke klappte. Das fehlende Mittelstück mußte über den Sandschak von Nowibazar geführt werden, wo Österreich-Ungarn auf Grund des Berliner Vertrages Besatzungen hielt und Wegerechte besaß. Um die Verbindung mit Mazedonien über Mitrowiça zu erzielen, knüpfte Lehrenthal insgeheim mit der Pforte Unterhandlungen an, und am 27. Jänner 1908 konnte er öffentlich verkünden, die Zustimmung des Sultans zum Bau der Bahn sei auf dem Wege.

Diese Mitteilung erregte in den Ländern des Dreiverbandes großes und unliebsames Aufsehen. Begreiflich war noch das unwillige Aufsehen Iswolskij's. Er behauptete, das Wiener Kabinett wäre gemäß dem Vertrage von 1897 (Band I, Seite 162) verpflichtet gewesen, ihn früher von der Sache zu verständigen; Lehrenthal aber habe ihm, während sonst alle Balkanfragen einträchtig besprochen wurden, bei ihrer Zusammenkunft in Wien (September 1907) die Unterhandlung mit der Pforte verheimlicht. Der österreichisch-ungarische Minister hielt dem entgegen, daß Goluchowski schon früher in einem ähnlichen Falle in Petersburg hatte wissen lassen, jenes Abkommen von 1897 beziehe sich nur auf politische Dinge, es gelte aber nicht für wirtschaftliche Angelegenheiten, wie Handelsverträge und Eisenbahnanschlüsse; sonst

müßte Österreich-Ungarn seine Wirtschaftspolitik von Rußland abhängig machen. Ob nun Iswolskij Grund zu gerechter Beschwerde hatte oder nicht: die Sache war ihm jedenfalls nicht wichtig genug und er ließ sie nach kurzer Zeit auf sich beruhen, um mit dem Wiener Kabinett über die Dardanellen und über Bosnien in Unterhandlungen zu treten. Auch anerkannte er später, in einer am 19. Juni 1908 dem Wiener Kabinett gemachten, auch sonst wichtigen Mitteilung, daß sich das Petersburger Abkommen von 1897 nur auf politische und nicht auf wirtschaftliche Fragen beziehe, daß Österreich-Ungarn somit in Eisenbahnfragen selbständig vorgehen könne.

Nachhaltiger war der Groll in London und in Paris. Hier war die Erregung künstlich und richtete sich dagegen, daß Österreich-Ungarn, der Bundesgenosse Deutschlands, ein kräftiges Lebenszeichen von sich gab und offenbar mit dessen Unterstützung einen Erfolg davontrug. Darin sah man wieder den mit Mißgunst beobachteten deutschen Einfluß in Konstantinopel. Die allerfeinsten Politiker witterten sogar einen Anschlag Deutschlands, sich mittels Österreich-Ungarns der Eisenbahnverbindungen von der Nordsee ans Ägäische Meer zu bemächtigen. Besonders heftig war der Widerspruch in London. Das Wiener Kabinett sollte zu fühlen bekommen, daß die Bundesgenossenschaft Deutschlands auch ihre Unbequemlichkeiten hatte. Mit diesem Beweggrund wurde jedoch zurückgehalten, der österreichischen Regierung dagegen öffentlich der Vorwurf gemacht, daß sie Schuld trage an dem Stöcken in der Reform der mazedonischen Verwaltung. Österreich-Ungarn hätte sich von der Pforte durch jene Eisenbahnverbindung gewissermaßen bestechen lassen, um — gemeinsam mit Deutschland — das Reformwerk zu vereiteln. In diesem Sinne äußerte sich Grey am 25. Februar 1908 im Unterhause. Während des Frühjahrs veranstaltete die Presse Englands, Frankreichs und Rußlands ein wahres Kesseltreiben gegen das Wiener Kabinett, an dem sich die Zeitungen Italiens aus dem Hinterhalt beteiligten. Indessen blieb Uehrenthal unerschüttert, da er voraussah, daß die angebliche Erregung über die Sandschakbahn früher oder später verrauchen werde.

Die mazedonische Frage

In der öffentlichen Meinung Englands herrschte eine starke Strömung für die Befreiung der Christen Mazedoniens von der türkischen Herrschaft, wobei zwei Motive zusammenwirkten. Es gab besonders unter den Dissenters ehrliche Gemüter, denen die verwahrloste türkische Verwaltung ein Greuel war und die es für Christenpflicht hielten, Ordnung zu schaffen; von solchen Empfindungen ließ sich auch Campbell-Bannerman bestimmen. Dann aber hatte die Türkei, durch die Anlehnung an die Mittelmächte, es mit England gründlich verdorben; deshalb wurde ihr jede Schuld, jedes Versäumnis doppelt angekreidet. Diese Verquickung menschlicher und politischer Motive herrschte auch in dem zu London bestehenden Balkankomitee vor, dessen Seele Noel Burton war. Das Komitee arbeitete für die Befreiung der Christen, und Burton veröffentlichte ein Buch, das von den Türken als von dem Abschaum der Menschheit sprach. Der Mann stand jedoch in Beziehungen zu gewissen christlichen Bandenführern, von denen es bekannt war, daß sie mit Türken ohne Unterschied des Alters und Geschlechts aufshärteste verfahren. Es war bezeichnend, daß die großen englischen Blätter wohl ausführliche Berichte über die Grausamkeiten der türkischen Truppen brachten, dagegen über die Untaten der bulgarischen, serbischen und griechischen Banden leicht hinweggingen.

Das waren auch die Triebfedern der mazedonischen Politik Grey's. Er schlug zunächst in aller Form weitgehende Reformen auf dem Gebiete der Justiz vor; außerdem regte er bei den Kabinetten die Verleihung der Autonomie für Mazedonien an, in der Art, daß an die Spitze der Provinz ein christlicher Generalgouverneur zu stellen wäre, von der Pforte zwar ernannt, aber von den Großmächten vorgeschlagen. Eine solche Ordnung der Dinge wäre der Anfang der Losreißung der Provinz vom osmanischen Reiche geworden. Durch sein Vorgehen gewann Grey den radikalen Flügel seiner Partei, der über seine persische Politik Unwillen empfand. Die Zerschlagung Persiens lieferte den Beweis, daß der Minister des Aeußeren nicht sentimental war; es lag ihm aber daran, durch sein Eintreten für Mazedonien etwas für seinen Ruf als Menschenfreund zu tun.

Durch dieses geschickte Verfahren wirkte die englische Regierung außerdem auf die öffentliche Meinung in Rußland. Früher stand man

Großbritannien mißtrauisch gegenüber und besorgte, Rußland werde ausgenützt werden. Jetzt söhnte sich jedoch infolge der den Christen des Balkans gewährten Hilfe das orthodoxe Russentum mit Großbritannien aus und die Liberalen wurden in ihrer Vorliebe für England bestärkt. Das war aber nicht alles. Deutschland stand stets zur Türkei und ließ sich durch das Scheinbild der mazedonischen Reform nicht dazu bestimmen, die Hand von der Pforte abzuziehen; so kam das Berliner und das mit ihm verbündete Wiener Kabinett bei den echten Russen noch mehr in schlechten Kredit.

Wiewohl Iswolskij an der Anregung des Londoner Kabinetts Gefallen fand, zögerte er doch, sich den Vorschlag einer Autonomie für Mazedonien zu eigen zu machen. Es war mehr als zweifelhaft, ob die Ausführung den Völkernschaften Mazedoniens heilsam sein werde. Sie lagen untereinander in erbittertem Hader, und es war vorauszusehen, daß, wenn — der englischen Anregung entsprechend — die türkischen Truppen aus dem Lande gezogen würden, ein allseitiges Gemehel die Folge sein werde. Eine Teilung der Provinz nach Volksstämmen konnte noch eher halbwegs geordnete Verhältnisse schaffen als das Zusammenspannen von Türken, Griechen, Bulgaren, Serben und Albanesen in einem Gemeinwesen. Außerdem war zu bedenken, daß die Türkei nur durch einen Krieg zur Freigebung Mazedoniens zu bestimmen war. Wer aber sollte diesen Feldzug unternehmen? Rußland war erschöpft und hegte nicht Lust, seine Truppen in die Balkanhalbinsel zu senden. Auch konnte Osterreich-Ungarn einem russischen Vormarsch ans Ägäische Meer nicht untätig zusehen und Deutschland würde sich auf seine Seite stellen. Ein Bruch aber mit den zwei Kaisermächten lag nicht in der Absicht des Petersburger Kabinetts. So kam Iswolskij zu dem Schlusse, sich zwar an dem Wirken für die mazedonische Autonomie zu beteiligen, die Hitze Englands jedoch zu mäßigen.

*

Z u s a m m e n k u n f t i n R e v a l

Immerhin schuf die grundsätzliche Übereinstimmung der englischen und der russischen Regierung in der mazedonischen und der persischen Frage die Brücke, auf der die Staatslenker der Westmächte zur voll-

ständigen Einigung mit Rußland gelangten. Nicht bloß die genannten zwei Angelegenheiten waren Gegenstände der Verhandlung, ebenso die Zukunft Armeniens und Kleinasiens. Botschafter Nicolson war eifrig an der Arbeit, unterstützt von der französischen Diplomatie, da Frankreich eines Rückhaltes bedurfte, um die nur aufgeschobene Einverleibung Marokkos durchzusetzen. Zur Krönung des Werkes reiste der König von England nach Reval, wo er am 9. und 10. Juni 1908 mit dem Zaren zusammentraf. Die Wichtigkeit des Besuches ergab sich schon aus der Tatsache, daß der König sowohl von Hardinge wie von dem ersten Seelord, Admiral Fisher, und dem General French begleitet wurde, der seit dem Burenkrieg einer der ersten militärischen Autoritäten Englands war.

Aber die Abmachungen von Reval ist, soweit bestimmte Angelegenheiten in Frage kommen, nur wenig bekannt. Dazu gehört, daß die russische Regierung betreffs Nordperfiens freie Hand auch in Dingen erhielt, in denen England ihr bisher nicht willfahrt hatte. Die zwei Mächte hatten manchen Grund zur Geheimhaltung. Es war nicht notwendig, der islamischen Welt bekanntzugeben, was ohne sie und über sie beschlossen war. Dies um so weniger, als unmittelbar nach der Revaler Zusammenkunft die jungtürkische Revolution ausbrach, durch die das Selbstgefühl der Osmanen gewaltig gehoben wurde; es empfahl sich also, die Spuren der Vorgänge von Reval zu verwischen. Die Jungtürken traten mit dem Anspruch auf, die fremde Vormundschaft abzuschütteln und selbst Ordnung in ihrem Hause zu machen. Daher das Schweigen über die zu Reval getroffenen Abmachungen¹⁾.

Solche Rücksicht war dem schwachen Persien gegenüber überflüssig. Es bekam die harte Hand Rußlands sofort zu spüren. Dieses mischte sich in den blutigen Streit zwischen dem grausamen Schah Muzaffered-din und seinen unzufriedenen Untertanen. Der Schah war 1906

¹⁾ Iswolskij machte bei der Zusammenkunft zu Buchlau, 15. September 1908, dem Freiherrn von Aehrenthal Eröffnungen über den Inhalt des Abkommens von Reval, worüber der österreichische Minister dem Kaiser Franz Josef folgendermaßen berichtete: „Herr Iswolskij versicherte, daß er nur notgedrungen die Beziehungen Rußlands zu England in Reval weiter entwickelt habe; über die beiden bestehenden Ententen bezüglich Perfiens und Zentralasiens hinauszugehen, lag absolut nicht im Interesse Rußlands, daselbe habe auch keine weiteren Engagements.“ Iswolskij teilte ferner mit, er habe sich zu Reval geweigert, das Engagement auch auf den persischen Golf auszudehnen. Offenbar lag der Nachdruck der Worte Iswolskij auf dem Worte „Engagement“; eine Verabredung loserer Art ist damit nicht ausgeschlossen.

durch eine revolutionäre Bewegung zur Gewährung einer Verfassung genötigt worden, die er im Jahre darauf beschwor. Der Hilfe Rußlands sicher, warf er jedoch die seiner Willkür gesetzten Schranken nieder und löste am 21. Juni 1908 das Parlament auf. Die junge Freiheit fand ihre Verteidiger, aber die Erhebung wurde niedergeworfen und mehrere Mitglieder des Parlaments büßten ihren Widerspruch mit dem Tode. Als Werkzeug diente dem Schah die Kosakenbrigade, welchen Namen die einheimischen Truppen trugen, die unter dem Obersten Liakow und anderen russischen Offizieren standen. Die englische Regierung ließ alles geschehen, ohne mit Krokodilstränen zu sparen; sie erklärte, daß sie durch ihre Abmachungen mit Rußland gebunden und ohnmächtig sei. So wurde Persien das erste Opfer der Ausföhnung der zwei Weltmächte.

Hätte die englische Regierung den bitteren Klagen der Radikalen ihres Landes über die Politik der Unterdrückung offenherzig entgegengetreten wollen, so mußte sie darlegen, daß ihr großes Ziel, die Einschnürung Deutschlands, nur erreichbar sei durch ein dem Zaren gebrachtes Opfer. Es lohnte sich nicht, um Persiens willen das Bündnis mit Rußland in Frage zu stellen. Und wann hatte Albion je die Hand schützend über die Freiheit eines Volkes gehalten, wenn seine Herrschaftspläne erforderten, über sie wegzuschreiten. Grey war Unterstaatssekretär, als England mit Italien über die Teilung Abessinien's handelsseins wurde; er trat auch der konservativen Regierung nicht entgegen, als sie die Buren zur Unterwerfung zwang; ebensowenig nahm er sich, solange das Zarentum mit England im Bunde stand, der Freiheit Polens und Finnlands an. Es ist auch nichts dagegen zu sagen, wenn ein Staatsmann um der Größe und der Wohlfahrt des eigenen Landes willen keine Rücksicht gegen ein fremdes Volk walten läßt. Bismarck und seine Nachfolger handelten ebenso, nur verschmähten sie die Maske des Menschen- und Freiheitsfreundes.

Nicht die Teilung der Einflußgebiete in Asien war bei der Bildung des Dreiverbandes die Hauptsache. Auch diesmal galt, daß derartige Verabredungen über einzelne Fragen nicht so wichtig sind wie die jeweilige Gruppierung der Weltmächte. Die nächsten Geschicke der Menschheit hingen davon ab, ob England und Rußland sich vertrugen und ob sie dann gemeinsam loszuschlagen beabsichtigten. Zu Reval rückten sie so nahe zusammen, daß von jetzt ab mit dem Dreiverband zu rechnen war; der Peterburger Vertrag vom 31. August

1907 war nur die Einleitung gewesen. Wohl behielt sich Rußland jetzt noch die freie Hand vor, sich je nach seinen Bedürfnissen auch mit den Mittelmächten auseinanderzusetzen. Es stand Deutschland unbefangener gegenüber als England oder Frankreich, die, sei es wegen der Flottenpolitik, sei es wegen Elsaß-Lothringens und Marokkos zum Fechten bereit waren, wenn sie es auch noch nicht zum Bruche trieben. Die russische Regierung meinte es ernst mit der nach der Revaler Zusammenkunft in Berlin abgegebenen Erklärung, sie wünsche, daß sich nichts in ihren guten Beziehungen zu Deutschland ändere. In demselben Sinne verkündete Ministerpräsident Stolypin öffentlich, der Dreiverband diene dem Weltfrieden. Das war von seiner Seite aufrichtig gemeint; auf die Dauer aber konnte Rußland nicht in der Zwischenstellung verharren. Solange es mit der Neubildung seiner Armee und mit der Revolution zu tun hatte, blieb es seinen friedlichen Vorsätzen treu. Indessen bewegte sich der russische Staatswagen von Reval ab auf einer abschüssigen Bahn, so daß er bald ins Rollen kam, ohne von dem schwachen Zaren aufgehalten werden zu können.

Nicht in Deutschland allein herrschte eine düstere Auffassung der neuen Weltlage. Unmittelbar vor der Zusammenkunft zu Reval sandte der belgische Gesandte in Berlin, Baron Greindl, am 30. Mai 1908, an seine Regierung einen Bericht voll schlimmer Ahnungen. Er mutete den sich verbindenden Randmächten die Absicht einer Änderung der Weltkarte zu, und koste es auch einen Krieg. Er schrieb darüber: „Die herkömmlichen friedlichen Versicherungen, die zweifellos auch in Reval wiederholt werden dürften, bedeuten wenig im Munde dreier Mächte, die eben erst, wie Rußland und England, wenn auch mit verschiedenem Erfolg, in dem alleinigen Bestreben, sich zu vergrößern, ja ohne glaubhaften Vorwand, die Eroberungskriege in der Mandschurei und im Transvaal geführt haben, oder die, wie Frankreich, in diesem Augenblick zur Überwältigung Marokkos schreiten... Der Dreibund hat während 30 Jahren den Weltfrieden gesichert, weil er unter Führung Deutschlands stand, das mit der politischen Gliederung Europas zufrieden war. Die neue Gruppierung bedroht ihn, weil sie aus Mächten besteht, die eine Änderung des Status quo anstreben, so lebhaft, daß sie Gefühle hundertjährigen Hasses schweigen lassen, um dieses Verlangen zu befriedigen.“ So bedrohlich schien dem Vertreter eines neutralen Staates die Weltlage. Kurze Zeit darauf, am 18. Juli 1908, meldete Greindl, daß der englische Botschafter Frank Lascelles,

der 15 Jahre in Berlin tätig war, demnächst seinen Posten werde verlassen müssen, bloß aus dem Grunde, weil er an der Annäherung Deutschlands und Britanniens gearbeitet hatte. Der Gesandte fügte noch hinzu: „Der Eifer, den er zur Beseitigung von Mißverständnissen entwickelt hat, die er für töricht und in hohem Maße nachteilig hält, entspricht nicht den politischen Ansichten seines Herrschers¹⁾.“

*

Der Dreiverband

Für die Welt verkörperte sich der Dreiverband in der Person Eduards VII. Ihm schrieb man mit Recht oder Unrecht den Hauptanteil an dessen Zustandekommen zu. Sieht man von dem Verhältnisse der europäischen Randmächte zu Deutschland ab, so stellt sich sein Werk als Versöhnung zuerst Englands mit Frankreich, dann Englands mit Rußland dar. Jahrhunderte dauernde Feindschaften wurden durch diesen doppelten Ausgleich beendigt. In den Augen kurzsichtiger Beobachter, besonders der leicht zu täuschenden Pazifisten, war Eduard VII. der Friedensstifter. Daß England ihn so nannte und deshalb pries, hatte seinen guten Grund, aber auch unter den Deutschen gab es kuriose Käuze, die ihm Weihrauch streuten²⁾. Wer so urteilte, verschloß sich dem mit dem Dreiverband verfolgten Zweck. In dessen Gründung lag der Keim zum Weltkrieg, so daß man — nach der entgegengesetzten Richtung übertreibend — auf die Urheber des neuen Bundes den Vers aus der Jungfrau von Orleans anwenden könnte, der auf die Königin Isabeau gemünzt ist: „Glück zu dem Frieden, den die Furie stiftet!“

Damals stand Sir Eduard Grey noch im Schatten König Eduards, und man war eher geneigt, im Unterstaatssekretär Hardinge und im Botschafter Nicolson dessen beste Gehilfen zu sehen. Nicht zu unterschätzen war die von der französischen Diplomatie entfaltete Tätigkeit. Sie zählte in den Brüdern Paul und Jules Cambon, in Camille

¹⁾ „Belgische Aktenstücke 1905—1914“, S. 57, 61.

²⁾ In der von Alfred H. Fried herausgegebenen „Friedenswarte“ erschienen wiederholt Aufsätze in diesem Sinne.

Barrère, Männer von großen Fähigkeiten. Am wirkungsvollsten griff in jenen Jahren Paul Cambon, der Londoner Botschafter, in die Weltgeschichte ein. Schon als französischer Vertreter in Konstantinopel hatte er 1896, zur Zeit der armenischen Greuel, Frankreichs Verständigung mit England betrieben. Damals schrieb er dem Minister des Auseren, Hanotaux, die Zeit sei gekommen, Frankreich und auch Rußland mit Großbritannien zu versöhnen; die drei Mächte sollten sich zum Schutze Armeniens verbinden. Hanotaux wendete ein, der Gegensatz Englands und Rußlands sei zu groß, als daß Frankreich gleichzeitig Freund der einen und der anderen Macht sein könne. Im Jahre 1898 bot Delcassé dem Botschafter Cambon den wichtigen Londoner Posten an. Er nahm ihn an, machte aber Delcassé aufmerksam, es wäre nutzlos, ihn nach England zu schicken, wenn man ihn gleich seinem Vorgänger nur zur Bestellung unangenehmer Botschaften benützen wolle. Er ruhete nicht, bis er mit Lansdowne 1904 den Ausgleich über Ägypten und Marokko zustande brachte. Unermüdllich befürwortete er daneben in London auch die Wünsche der russischen Regierung, bis England und Rußland auch untereinander Genossen wurden. Er war einer der Baumeister am Dreiverbande.

Die großen Bündnisse, durch die vom 18. bis zum 20. Jahrhunderte die europäische Politik bestimmt wurde, beruhten auf dem übereinstimmenden Vorteil der beteiligten Staaten; es war aber nicht immer Überlegenheit an Geist und Bildung, wodurch es gelang, einem Gegner das Neß über den Kopf zu werfen. So war Kaunitz Friedrich dem Großen nicht an Genie vergleichbar, Metternich ebensowenig Napoleon I. Das Übergewicht ergab sich aus der Klarheit der Pläne und der Folgerichtigkeit im Handeln. Darin bestand der Vorzug der englischen und französischen Staatsmänner, die seit dem Anfang des 20. Jahrhunderts an der Einkreisung Deutschlands arbeiteten. England setzte sich zuerst um den Preis des Panamakanals mit den Vereinigten Staaten auseinander und brachte ebenso manches Opfer, um Rußland an sich zu ziehen. Freilich hatte das den Erdball umfassende Britannien mehr überseeische Gebiete für politische Tauschgeschäfte vorrätig als die Festlandsmacht Deutschland. Dieses beteiligte sich aber überhaupt nicht an dem Ausbieten. Fürst Bülow sagte am 30. April 1907, als die Umrisse des gegnerischen Verbandes sichtbar wurden, Deutschland könne nicht von der Eifersucht zwischen den anderen Nationen leben. Die deutsche Regierung machte keinen ernsthaften Versuch, um den einen

oder den anderen mißgünstigen Nachbarn durch Angebote zu gewinnen. Sie versagte, was Bismarck gewiß nicht getan hätte, Marokko den Franzosen; für sie war die Türkei mit Konstantinopel das Rührmichnichtan, während England in Mazedonien, Armenien und selbst in Kleinasien den Russen nach Bedarf entgegenkam. In gewissem Sinne hatten Deutschland und Großbritannien die Rollen vertauscht. Dieses trieb Kabinettspolitik alten Stils, indem es in geheimen Abmachungen mit Frankreich, Spanien, Rußland und Italien Provinzen untereinander und gegen andere Werte verhandelte. Dagegen faßte das Deutsche Reich, um seine wundervoll ausblühende Industrie zu nähren, nur Absatzgebiete ins Auge und wollte, ohne selbst auf Eroberungen auszugehen, die ganze Welt zu einem großen Markte ausgestalten. Dieser ausschließlichen wirtschaftlichen Weltpolitik stellte England seine Bündnisse entgegen.

Man hat viel davon gesprochen, daß die Einkreisung Mitteleuropas nur möglich war, weil die Deutschen sich überall unbeliebt gemacht hatten. Läßt man aber auch alles gelten, was gegen deutsch-preußische Art gesagt wird, so war die Abneigung gegen die Deutschen gewiß geringer als der zur Zeit des Burenkrieges England umbrandende allgemeine Haß. Wohl sind Gefühle auch im zwischenstaatlichen Leben von Wichtigkeit, aber sie rauschen auf und nieder, wie es bei dem Urteil über die englische Burenpolitik geschah; es hätte zwischen 1899 und 1902 in Europa außerdem eines praktischen Staatsmannes bedurft, um den allgemeinen Widerwillen gegen England in ein Bündnis überzuleiten. Da aber Salisbury und Chamberlain es verstanden, die einzelnen Mächte ins englische Interesse zu ziehen, so ging der kritische Augenblick ohne Schaden für Britannien vorüber. Ähnliches ist von dem allgemeinen Haß zu sagen, den die Regierung des Zaren 1907 und 1908 durch die blutige Unterdrückung der Revolution auf sich zog. Stolypin ging erbarmungslos vor, die russischen Feldgerichte haben in jenen Jahren viele Tausende Todesurteile gefällt und vollstrecken lassen. Das hielt jedoch weder die französische Republik noch die gefühlvollen englischen Liberalen von einer engen Verbindung mit dem Zarenreiche ab. So wenig entscheidend sind Zu- und Abneigung bei den Berechnungen der Staatsmänner, wiewohl auch ihnen eine gewisse, aber beschränkte Bedeutung zukommt. Wenn sich zwei europäische Völker aus Ländergier, Handelsseifersucht oder aus anderen positiven Ursachen gestritten hatten, haßten sie sich; wurden sie aber

durch ihren Vorteil zusammengeführt, so entdeckten sie aneinander plötzlich edle und gewinnende Eigenschaften. Das beste Beispiel hierfür bieten die Franzosen und die Engländer vor und nach Beilegung der kolonialen Streitigkeiten. Stimmungen waren für die zwischenstaatliche Politik immer nebensächlich und als Massenerscheinung gewöhnlich die Folge wirtschaftlicher oder politischer Zusammenstöße. Koalitionen entstehen aus übereinstimmenden Interessen, erst dann wächst gegenseitige Liebe, gegenseitiger Haß zu vordem unwahrscheinlicher Höhe.

Ebensowenig sind Gleichheit und Verschiedenheit in der Verfassung zweier Länder jemals die entscheidende Ursache in den Wandlungen der äußeren Politik gewesen. Rußland war für den ehrsamem Mittel- und Westeuropäer bis zum Sturze des Zarismus 1917 ein Schreckbild mit dem Doppelantlitz des Despotismus und der Barbarei. Zahllose Opfer im eigentlichen Rußland, in Polen und unter den anderen Fremdvölkern sind damals gefallen, um die Selbstherrschaft des Zaren um kurze Zeit zu verlängern. Aber seit dem Bündnisse Frankreichs mit Rußland, noch mehr seit dem englisch-russischen Ausgleich hüllten sich die Männer der Freiheit innerhalb der westlichen Nationen in Schweigen über die begangenen Untaten, während sie vorher den parlamentarischen und den Büchermarkt mit Anklagen gegen Rußland überschwemmt hatten. Erst als das russische Heer und damit der Zarenthron unter den Streichen der deutschen Armee zusammenbrach, entdeckten Wilson, Lloyd George und Clemenceau ihr Herz für die von der Knechtschaft zu befreienden Völker — natürlich nur jener Mitteleuropas. Bis dahin wurden Polen, Finnland und die Ukraine gerade so ihrem Schicksal überlassen wie später noch Irland. Der Dreiverband entstand gerade zur Zeit der furchtbarsten Verfolgungen in Rußland, ohne daß die liberale englische Regierung Anstand nahm, die Hand in die des Zaren zu legen. Auch das Amerika Wilsons trat schon zu einer Zeit in das Bündnis der Randmächte ein, als die Willkürherrschaft in Rußland noch bestand. Es ist ohne Zweifel zweckmäßig, sich bei der Verfolgung selbstischer Interessen in den Mantel edler Motive zu hüllen, um den Beifall der großen Menge zu gewinnen. Diese Kunst haben die englischen Staatsmänner immer geübt, aus dem Herrschaftsinstinkt heraus, der ihnen angeboren zu sein scheint und den das nordamerikanische Volk von seinen britischen Vettern übernahm.

Beweggründe verschiedener Art wirkten bei der Gründung des Dreiverbandes zusammen. Den russischen Staatslenkern handelte es

sich in erster Linie um Wiederauffrischung ihrer Macht in Asien, um den Einfluß in Nordpersien, um Sicherung gegen das Eingreifen Japans. Ob sich daraus weiter etwas für die Slawen des Balkans ergeben werde, lag im Schoße der Zukunft. Sobald als möglich aber, so hoffte Iswolstij, mußte Rußland die Öffnung der Meerengen für seine Kriegsschiffe durchsetzen, und besonders deshalb hielt er sich auch die Mittelmächte warm, da zur Änderung des Dardanellenvertrages die Zustimmung beider europäischer Heerlager notwendig war. Frankreich wieder erhoffte sich von dem dreieckigen Verhältnisse Paris — London — Petersburg einen Wechsel auf Elsaß-Lothringen, zahlbar, sobald das Deutsche Reich in drangvolle Enge geraten sollte; das aber hatte gute Weile, da Rußland noch kein Heer gegen Westen aufbieten konnte. Zunächst ward den Franzosen Marokko als Siegespreis zuteil; gleichzeitig mit dem Petersburger und Revaler Übereinkommen griff die französische Regierung hier scharf durch, ohne sich an die in der Algecirasakte gezogenen Schranken zu kehren. Ein greifbares, nicht zu unterschätzendes Ergebnis. Die weitesten Ziele setzte sich England. Ihm handelte es sich um Verteidigung und Befestigung seiner, durch das Emporkommen Deutschlands, bedrohten Seeherrschaft. Dieses sollte in Macht- und Handelsfragen niedergehalten werden. Daß konservative Staatsmänner wie Balfour, daß Militärs wie Lord Roberts damals schon den Waffengang mit Deutschland als unabwendbar ins Auge faßten, kann nicht bezweifelt werden. Die am Ruder befindlichen Liberalen wie Asquith und Grey lehnten diese furchtbare Lösung noch ab; sie ließen sich aber mit voller Klarheit von der Absicht leiten, Deutschland einzukreisen, es von der Weltregierung und der Weltverteilung auszuschließen. Es sollte wieder eine reine Festlandsmacht werden, sei es auch die erste wie unter Bismarck; aber der Ausbau seiner Kriegsslotte mußte mit allen Mitteln verhindert werden. Das hofften die gemäßigten Imperialisten durch einen starken Druck von Ost und West zu erreichen; Eduard VII. jedoch schreckte auch vor dem äußersten nicht zurück, wenn kein anderes Mittel versagen sollte. Man muß sich aber hüten, von der englischen Politik als von einer Einheit zu sprechen; immer sind die Verschiedenheiten unter den Parteien und den Staatsmännern zu beachten; die Abschattungen reichten von dem verhaltenen Zorn der in ihren Einnahmen bedrohten Reeder bis zur Friedenswilligkeit der Gewerkschaften. Die Reihe ging von Kriegsmännern wie Lord Roberts bis zu aufrichtigen Pazifisten wie Macdonald; die

amtliche Politik des englischen Kabinetts wurde aber seit dem Rücktritt Campbell-Bannermans von Männern des Imperialismus geleitet.

So kam das umfassendste Bündnisystem zustande, das je die Geschichte der Menschheit bestimmte. Das scheinbar Unmögliche wurde Ereignis, denn die früheren Nebenbuhler, England und Frankreich, dann Japan und Rußland, endlich England und das Zarenreich versöhnten sich, um Front gegen Deutschland zu machen. Grundpfeiler des Werkes waren dabei Britanniens Verträge, mit Frankreich 1904, mit Japan 1902 und 1905, mit Rußland 1907 und 1908. Schwächere Stützen, doch nicht gering zu schätzen, wurden durch die Übereinkommen gebildet, die den Italienern Tripolis, den Spaniern das nördliche Marokko überwies; Portugal als Vasall Englands war ein Anhängsel. Andererseits brachte Rußland in das dreieckige Verhältnis die slawischen Balkanstaaten Bulgarien, Serbien, Montenegro mit. Das von Bismarck geschaffene Netz von Verträgen überspann bloß das europäische Festland, während der Dreiverband die ganze östliche Halbkugel, dazu Australien und Kanada in sich schloß. Sowohl das mitteleuropäische wie das russisch-französische Bündnis hatten bloß dem Zwecke der Verteidigung gedient, beide entstanden auch bloß aus europäischen, nicht aus weltpolitischen Gesichtspunkten. Die Allianz Deutschlands mit Österreich-Ungarn behielt diesen Sinn auch weiter, während das Abkommen zwischen Frankreich und Rußland durch den Beitritt Englands seinen Charakter von Grund aus änderte. Man hat den Dreiverband mit einer Zange verglichen, die England in seine gewaltigen Hände nahm und zusammenpreßte. Seitdem stand Mitteleuropa unter unerträglichem Drucke.